

Annoncen-  
Annahme-Bureau:

3. Posten außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wöchentlich 10.)

bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestraße 14.

in Gießen bei Th. Spindler,  
in Gießen bei F. Streifand,  
in Dresden bei Emil Habalt.

Annoncen-  
Annahme-Bureau:

In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien  
bei C. H. Ulrich & Co.,  
Hanselstein & Vogler,  
Rudolph Mosse.

In Berlin, Dresden, Oestrich  
beim „Invalidenthau.“

N. 842.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-  
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt  
Posten 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-  
schen Reiches an.

Mittwoch, 1. Dezember  
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren  
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die  
Expedition zu senden und werden für die am folgenden  
Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr  
Nachmittags angenommen.

1875.

## Amtliches.

Berlin, 30. November. Der Kaiser und König hat die Vortrag.  
Räthe im Reichsjustizamt, Geh. Reg. Räthe Braumüller und von  
Bommer-Eiche zu Geh. Ober-Reg.-Räthen, im Namen des deutschen  
Reichs den bisherigen Advokat-Anwalt Rudolf Lindner zu Straf-  
burg i. E. zum Eisenbahndirektor und Mitglieder der General-Direk-  
tion der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen ernannt.

Der bei der kgl. Eisenbahn-Direktion in Frankfurt a. M. beschäf-  
tigte bish. Gerichts-Assessor Karl Camp ist zum Reg.-Assessor ernannt  
worden.

## Deutscher Reichstag.

## 17. Sitzung.

Berlin, 30. November, 12 Uhr. Am Tische des Bundesrathes  
Delbrück, v. Pfirschnor u. A.

Die zweite Beratung des Reichshaushaltsetats für  
1876 wird fortgesetzt und wendet sich heute der Eisenbahn-  
Verwaltung zu, deren Einnahmen auf 37.140.000 M. veran-  
schlagt sind neben 27.140.000 M. Ausgaben, es wird also ein Ueber-  
schuß von 9.473.000 M. in Aussicht genommen, der den des Jahres  
1875 um 2.405.150 M. übersteigen würde. Diese Zahlen beweisen,  
daß die Eisenbahnen der Reichslande sich von Jahr zu Jahr besser  
entwickeln und, wie der Abg. Eben ausführt, die Nachwirkungen des  
Krieges völlig überwinden haben. Denn sie versprechen, wenn man  
das Kapital zu Grunde legt, das zu ihrer Herstellung effektiv verwen-  
det worden ist, für 1876 eine Verzinsung von 4 Prozent. Trotz der  
Erhöhung des Personen- und Gütertarifs im Sommer 1874 hat die  
Frequenz im Personenverkehr nur ganz unerheblich, im Güterverkehr  
gar nicht abgenommen; dagegen hat diese Maßregel eine beträchtliche  
Steigerung der Einnahmen zur Folge gehabt.

Abg. Berger findet die Ausgaben, speziell die persönlichen Aus-  
gaben viel zu hoch bemessen. Diese letzteren betragen bei den mün-  
tembergschen Bahnen mit fast genau derselben Reilenzahl 5 Millio-  
nen, bei den elsass-lothringischen 9 Millionen Mark. Er wünscht  
ferner, daß der Oberbauschweizer Mitglied der Direktion sein  
mühe. Die Befolgung des in letzter Zeit von Breußen gegebenen  
Beispiels, Maschinentechniker in die Direktion aufzunehmen, empfiehlt  
sich durchaus und überall. Die Bedeutung jener Stelle charakterisirt  
sich dadurch, daß ihr Zuhörer 7 Maschinentechniker unter sich hat und  
die Lokomotiven und Waggonen 50 Mill. M. repräsentiren.

Kommisarius Geh. Rath Kienel erwidert, daß sich in der Di-  
rektion der Reichseisenbahnverwaltung ein Mitglied von der Quali-  
tät befinde, wie der Abg. Berger es wünscht.

Zur Unterhaltung der Bahnanlagen werden 5.739.121 Mark ge-  
fordert, speziell für die vollständige Erneuerung von 40 Kilometer  
Bahngeleise unter Anwendung des Oberbaufsystems mit hölzernen  
Dauerschwellen, 27.000 Mark pro Kilometer, 1.080.000 Mark und von  
20 Kilometer Bahngeleise unter Anwendung des Oberbaufsystems  
mit eisernen Langschwellen, 29.000 Mark pro Kilometer, 580.000  
Mark.

Abg. Berger weist auf den verhältnismäßig geringen Preisun-  
terschied zwischen hölzernen und eisernen Schwellen bei der sehr viel  
geringeren Abnutzung der letzteren hin, deren Anwendung daher  
immer größere Dimensionen annimmt. Hat die Verwaltung der  
Reichsbahnen die Absicht, dem System des Oberbaues mit eisernen  
Schwellen einen größeren Raum zu gewähren? Die schwer darnieder-  
liegende Eisenindustrie hat ein großes und natürliches Interesse daran,  
daß dem so sei.

Geh. Rath Kienel erwidert, daß die Verwaltung dem eisernen  
Oberbau den Vorzug giebt und ihn auch zur Anwendung bringt und  
bringen wird, jedoch mit derjenigen Rücksicht auf die Eisenpreise, welche  
genommen werden muß, wenn der Vortheil, den die Eisenbahnen  
durch ihre Dauerbarkeit gewähren, nicht durch den allzu hohen Preis  
des Materials verloren gehen soll.

Darauf wird der Etat der Reichseisenbahn-Verwaltung in allen  
seinen Positionen einschließlich der einmaligen Ausgaben genehmigt.  
Desgleichen der Etat der Reichs-Eisenbahn mit 600.000 Mark für die er-  
stmalige Herstellung der Reichsstaatsbahnen.

Es folgt der Bericht der 7. Abtheilung über die Wahl im 10.  
Kleineren Wahlkreise (Kreis Rothenburg und Hohenrode).

Bei der am 10. Januar 1874 stattgehabten Wahl fielen von über-  
haupt 6359 wählenden Stimmen 3262 auf den Landeshauptmann v. Sey-  
dewitz, 3071 auf den Assessor A. Jung in Rbin. In Folge eines  
Protestes des Kreisrichters Büchel und Gnosien ist die Wahl des  
Abgeordneten v. Seydewitz bereits zwei Mal von dem Reichstag bean-  
standet worden. Diesmal beantragt die Abtheilung: 1) die Wahl für  
gültig zu erklären; 2) die vorgeschlossenen Unregelmäßigkeiten zur Kennt-  
nis des Reichstages zu bringen mit dem Antrage, daß Landrathsbau  
zu Hohenrode wegen der durch Gendarmen bewirkten Vertheilung  
von Wahlzetteln, sowie die betreffenden Gendarmen wegen solcher  
Vertheilung rechtskräftig zu lassen.

Referent v. Büttlamer (Serau) begründet den Antrag der  
Abtheilung damit, daß die Unregelmäßigkeiten in keiner Weise den  
Charakter gesetzgebender Wahlbeeinflussung, der ein Erfolg zuzuschrei-  
ben sei, an sich tragen.

Abg. Frankfurter: Die Abtheilung hat abweichend von  
der sonstigen Praxis des Reichstages das Hauptgewicht darauf gelegt,  
ob ein Erfolg der konstatirten Unregelmäßigkeiten vorhanden sei. Nach  
dem vom Reichstag selbst begünstigten Rechnungen beträgt die absolute  
Majorität des Abg. Seydewitz nur 19 Stimmen. Werden die Wahlen  
desjenigen Bezirks, in welchem ungesetzliche Wahlbeeinflussungen vor-  
genommen sind, als korrupt betrachtet, — und daß hat der Reichstag  
in seinen bisherigen Beschlüssen stets gethan — und von der Gesam-  
theit der abgegebenen Stimmen abgezogen, so wären im Ganzen nur  
5647 Stimmen abgegeben, deren absolute Majorität 2824 beträgt.  
Herr v. Seydewitz aber hat nur 2821 Stimmen erhalten; er hätte also  
die absolute Majorität nicht erlangt. Die Beeinflussungen selbst sind  
von der Abtheilung als durchaus ungesetzlich und ungesetzlich anerkannt  
worden und es ist daher der Antrag auf Kassation der Wahl der allein  
gerechtfertigte.

Abg. Reichensperger (Erfeld): Man kann mit dem Vor-  
redner in der Verurtheilung der vorgeschlossenen Unzulänglichkeiten  
übereinstimmen, um aber die Wahl für unzulässig zu erklären, hätte er  
nachweisen müssen, daß die Direktoren in dem betreffenden Wahlbezirk  
von den Gendarmen und die Wähler selbst von den Direktoren in  
solcher Weise beeinflusst worden sind, daß Wähler, die vorher für den  
Gegensatz kandidaten hätten stimmen wollen, für den Abg. Seydewitz tha-  
tächlich gestimmt haben. Ein solcher Beweis ist nirgends geführt wor-  
den, die bloße Vertheilung von Wahlzetteln an die Ortsvorsteher durch  
die Gendarmen ohne jede mündliche Ueberredung oder Anweisung ist  
in keinem Falle als ein solcher Beweis anzusehen. Man kann einem

Ortsvorsteher doch wohl so viel Selbstständigkeit antrauen, daß er  
durch die bloße Ueberreichung von Wahlzetteln durch den Gendarmen  
sich nicht zu der Wahl bestimmen läßt. Ich kann daher nur bitten,  
den Antrag der Abtheilung anzunehmen.

Abg. v. Ludwig: Auch ich will die Wahl für gültig erklären,  
muß mich aber entschieden gegen eine Stelle des Berichts der Abthei-  
lung erklären, worin in Bezug auf die geschilderten Vorkommnisse in  
dem Wahlbezirk Wiednick von einer strafrechtlichen Verfolgung des  
Wahlvorstandes um deshalb Abstand genommen wird, weil derselbe  
nach seiner inzwischen erfolgten Auflösung der Disziplinargewalt der  
Reichsbehörden nicht mehr unterstehe. Ein solcher Beschluß ist in kei-  
ner Weise gerechtfertigt. Die betreffenden Wahlvorsteher Douglas und  
Handschke haben in einer geradezu empfindenden Weise ihre amtlichen  
Pflichten und ihren Eid verlegt. Ich halte im Sinne, zu beantragen,  
diese beiden Wahlvorsteher zur strafrechtlichen Verfolgung dem Staats-  
anwalt zu überweisen, konnte aber im Augenblick für meinen Antrag  
die erforderliche Unterstützung nicht finden. Jedenfalls ist der Beschluß  
der Abtheilung nicht geeignet, das durch die überall einwirkende Kor-  
ruption sehr geklärte Ansehen und die Autorität unserer Beamten  
zu stärken und zu heben.

Nachdem noch v. Walzahn-Gülz sich für den Antrag der  
Abtheilung ausgesprochen, wird derselbe gegen die Stimmen der Fort-  
schrittspartei vom Hause angenommen.

Letzter Gegenstand der Tagesordnung ist der alljährlich wieder-  
kehrende Antrag des Abg. Schulze (Daisch), den Art. 32 der Ver-  
fassung des Reichs aufzuheben und an dessen Stelle den folgenden  
treten zu lassen: „Die Mitglieder des Reichstages erhalten aus Reichs-  
mitteln Reisekosten und Diäten nach Maßgabe des Gesetzes.“ Ein  
Bericht darauf ist unstatthaft.“ Bis zum Erlaß dieses Gesetzes  
der Bundesrath die Höhe der Reisekosten und Diäten fest.

Abg. Schulze: Es mag wohl den einen oder den anderen Ab-  
geordneten, der bisher für diesen Antrag gestimmt hat, das Gefühl  
der Müdigkeit erregen, wenn derselbe heute von Neuem auf der Ta-  
gesordnung erscheint. Aber eine Volksvertretung darf in der Er-  
kennung eines wünschenswerthen Zieles niemals müde werden. Dieser  
Antrag soll nicht von der Tagesordnung weichen, bis ihm endlich  
Folge gegeben ist. Wir haben in dieser Session wieder erlebt, wo-  
über wir früher immer geklagt haben. Wir sind hierher entboten  
worden, ohne daß genügendes Material für uns vorhanden war. Das  
ist eine Rücksichtslosigkeit, deren Abstellung ich dem Bundesrath noch-  
mals dringend ans Herz legen möchte. Sie wird aber von selbst auf-  
hören, sobald der Reichstag Diäten erhält; denn dann wird die  
Sorge für die Reichsaufgaben schon bewirken, daß der Reichstag  
nicht 14 Tage müßig zu sein gewöhnen ist. Ich empfehle Ihnen  
dringend, den Antrag anzunehmen, schließlich wird der Wille der  
Volksvertretung durchgedrungen. Ich selbst kann um so unbefan-  
gener in dieser Sache sein, als ich wahrheitsgemäß, wenn der Reichs-  
tag endlich Diäten erhält, nicht mehr in diesem Hause sitzen werde.

Abg. Thiel: Ich werde gegen den Antrag stimmen. Ich  
würde, selbst wenn ich materiell damit einverstanden wäre, doch heute  
dagegen stimmen, denn man kann sehr wohl grundsätzlich einer Sache  
zustimmen, ohne deshalb in jedem, auch in dem unangenehmsten Aus-  
sicht für sie einzutreten. Ich bin aber auch materiell gegen den An-  
trag gerade im Interesse der Ausbildung unseres parlamentarischen  
Lebens. Die Volksvertretung wird nur dann Ansehen und Macht er-  
halten können, wenn sie über eine Anzahl in jeder, also auch in ma-  
terieller Beziehung unabhängiger Männer verfügt; und das soll sie  
eben dadurch dokumentiren, daß ihre Mitglieder für ihre Thätigkeit  
keine Geldentschädigung erhalten.

Abg. v. Sauten (Tarpuschen): Die in diesem Hause so viel-  
fach diskutirte Frage der Diäten ist in ein neues Stadium getreten  
durch die neuliche Programmrede des Fürsten Bismarck. Wir haben  
von ihm gehört, er für seine Person erkläre vor dem Lande, eine Re-  
gierung könne sich nicht dauernd in Widerspruch mit der Volksvertre-  
tung befinden; sie müsse in solchem Falle entweder abtreten, oder,  
wenn die Sache selbst eine so große Bedeutung nicht habe, dem Willen  
der Volksvertretung nachgeben. Es wird sich nun bei diesem Antrage  
zeigen, ob diese öffentliche Erklärung bloß Worte enthält oder ob ihr  
auch die That folgen werde. Wir müssen durch die Annahme des  
Antrages dokumentiren, daß die Volksvertretung solche Anschauungen  
wie sie der Vorredner kund gab, als ob nur der Geldbeutel eine un-  
abhängige Gesinnung repräsentiren könne, weit von sich weist. Wir  
placiren auch nicht etwa pro domo; denn gerade durch die Geräch-  
tungen der Diäten wollen wir dem Volke die Möglichkeit gewähren,  
auch andere Leute zu wählen als uns, die wir eben in der Lage sind,  
ohne Diäten existiren zu können.

Abg. Windthorst: Ich habe stets betont und wiederhole es  
heute, daß wie die Dinge in Deutschland liegen, auf die Dauer ein  
Parlament ohne Diäten nicht existiren kann. Die Erfahrungen, die  
wir schon jetzt gemacht haben, beweisen das hinlänglich; das Parla-  
ment ist regelmäßig sehr schwach vertreten und zu Anfang regel-  
mäßig beschlußunfähig. Der Bundesrath, davon bin ich überzeugt,  
wird auch diesmal wieder zu dem Antrag des Hauses nein sagen; aber  
ein Tropfen höhlt bekanntlich den Stein, und schließlich wird ihm doch  
nichts anderes übrig bleiben, als eine so unabsehbare Forderung der  
Landesvertretung zu bewilligen.

Abg. Dr. Kapp: Ich kann zunächst dem Abg. Windthorst nicht  
zugeben, daß wir unser gesetzgeberisches Material früher erhalten  
würden, wenn Diäten gezahlt werden. Wir haben im preussischen  
Landtage das Gegentheil erlebt, wo wir drei Wochen lang einberufen  
waren, ohne daß wir in Beratung treten konnten. Die ganze Frage  
wird viel zu sehr als eine prinzipielle behandelt, während sie eigentlich  
eine bloße Geschäftsfrage ist, abhängig von lokalen und nationa-  
len Momenten, daher man sich nicht auf die Verhältnisse anderer  
Staaten, weder auf England noch auf Frankreich mit ihren völlig ab-  
weichenden wirtschaftlichen Zuständen berufen darf. Ich gebe zu, daß  
Wände von uns schwere Opfer bringen, um ohne Diäten hier zu  
sitzen, und ich konstatire andererseits zu meiner Genugthuung, daß die  
Absicht der Regierung, welche sie mit der Diätenlosigkeit verfolgte,  
nämlich ein Korrektiv gegen das allgemeine Wahlrecht zu schaffen, nicht  
erreicht worden ist. Dennoch stimme ich aus drei Gründen gegen die  
Diäten. Zunächst stehen wir einem Kompromiß gegenüber. (Wider-  
spruch links.) Es ist ein offenes Geheimnis, daß das allgemeine  
Stimmrecht von den Bundesregierungen nur bewilligt worden ist ge-  
gen den Verzicht auf die Diäten, ein gegebenes Wort aber muß man  
halten. (Heiterkeit links.) Es liegt hier meistens eine politische Macht-  
frage vor. Bisher sind in Deutschland Bureaucratie und Armee die  
Träger des Staatsgedankens gewesen, die parlamentarischen Körper-  
schaften sollen sich erst neben diesen legitimen Vertretern den Boden  
erobern. (Heiterkeit links.) Wozu ich für erforderlich erachte, daß sie  
ihre Kraftprobe ohne Subvention aus Staatsmitteln machen. Ich be-  
halte drittens, daß die Diäten eine Prämie auf den Eintritt von  
Beamten in das Parlament legen, und so sehr ich auch die großen  
Leistungen unserer Bureaucratie zu schätzen weiß, so halte ich es doch

nicht für nöthig, daß die Beamten hier die Majorität bilden; wir ha-  
ben geeignete unabhängige Leute genug, um nicht nöthig zu haben, der  
Bureaucratie eine erste Hypothek auf die Gesetzgebung einzuräumen;  
wir haben gesehen, wohin Landraths- und Kreisrichter-Kammern ge-  
führt haben. Man sagt endlich, die Diätenlosigkeit führe dazu, daß  
hauptsächlich Männer gewählt werden, welche in Berlin wohnen. Aber  
ist in Berlin zu wohnen nicht auch ein Opfer? In einer Stadt, wo  
man das meiste Geld braucht und dafür den geringsten Komfort hat?  
In einer Stadt, die nur Kloaken hat und keine vollständige Wasser-  
leitung. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Sölder: Mir ist von einem Kompromiß in der  
Diätenfrage nichts bekannt, dagegen erinnere ich mich, daß der Reichs-  
kanzler erklärt hat, wenn erst die Reichsverfassung unter Dach und  
Fach gebracht wäre, ließe sich über die zwischen Reichstag und Re-  
gierungen bestehende Differenz in Sachen der Diäten verhandeln.  
(Zustimmung links.) Rüge aber selbst ein Kompromiß vor, so kann  
derselbe doch für uns nicht maßgebend sein, denn eine frühere Ver-  
sammlung kann durch Beschlüsse ihre Nachfolgerinnen nicht binden.  
(Zustimmung links.) Ich betrachte die Diätenfrage allerdings als  
eine bedeutende Prinzipfrage, denn es handelt sich um nichts Gerin-  
geres, als die passive Wahlbarkeit. Die Erfahrungen, welche wir  
gemacht haben, lassen die Bewilligung von Diäten entscheiden als  
notwendig erscheinen. Wenn ich unsere Reichen überblicke, so ver-  
misse ich nur ungern hier viele verehrte Kollegen, welche eine Wieder-  
wahl einfach darum abgelehnt haben, weil sie nicht im Stande  
waren, die Kosten des Aufenthaltes in Berlin zu erwünschen. Wenn  
auch die einzelnen Parteien immer noch Kandidaten zur Verfügung  
gehabt haben, so haben sie doch mehrfach von den Männern ihres  
ersten Vertrauens abgesehen und sich mit Nothbehelfsvertretern be-  
gnügen müssen. Gerade die Beamten befinden sich gegenwärtig in  
privilegirter Stellung, weil sie ihr Gehalt auch während der Sessio-  
nen fortbezogen. (Zustimmung links.) Ich kann auch nur bitten, den  
Antrag anzunehmen, durch Wiederholung unserer Beschlüsse werden  
wir endlich zum Ziele kommen.

Damit schließt die erste Lesung. Das Wort erhält der Antrag-  
steller Abg. Schulze, der sich besonders gegen Dr. Kapp wendet.  
Von einem Kompromiß kann gar nicht die Rede sein, im Gegentheil,  
als 1866 im preussischen Abgeordnetenhaus das Wahlgesetz für den  
konstituierenden Reichstag beraten wurde, und wir die Zahlung von  
Diäten forderten, erklärte Fürst Bismarck, das passe nicht recht für  
eine konstituierende Versammlung, den künftigen Reichstagen aber wür-  
den Diäten nicht vorenthalten werden. (Zustimmung.) Auch über den  
Aufenthalt in Berlin kann ich den Abg. Kapp beruhigen. Wir haben  
mehr als einmal gesehen, daß Beamte, welche immer fleißig mit der  
Regierung gestimmt, sehr schnell nach Berlin verlegt worden sind. Ob  
das etwa eine Strafverlegung war? (Heiterkeit.) Sehr gut! Ich hatte  
eigentlich eine Debatte gar nicht erwartet, da sie aber einmal stattge-  
funden, so will ich sie mit dem Ausspruch des leider zu früh verstor-  
benen Abg. Twesten schließen: In Deutschland ist kein Parlament auf  
die Dauer ohne Diäten möglich.

Abg. Bessler ist gegen die Bewilligung von Diäten, weil das  
Ansehen des Reichstages durch die Diätenlosigkeit gesteigert würde. Ge-  
rade, weil derselbe wiederholt sich verabschiedet für die Bewilligung von  
Diäten ausgesprochen hat, wünscht Redner, daß der Reichstag sich  
nicht wieder nutzlos dafür ausspreche. In England wiederhole man  
Anträge nur so lange, bis man die Majorität erlangt habe.

Abg. Windthorst: Ich habe immer für Diäten gesprochen, ein  
Kompromiß liegt nicht vor, denn Kompromisse schließe ich nicht. (Hei-  
terkeit.) Wir stehen der Verfassung ebenso frei gegenüber, wie jedem  
andern Gesetz, sie ist auch schon geändert worden, namentlich sehr we-  
sentlich in Bezug auf die Kompetenz des Reiches. Die Frage hat auf  
die Zusammenfassung des Reichstaats, dieses sehr wichtigen Faktors im  
deutschen Reich, einen ungeheuren Einfluß und ist daher von der größ-  
ten Bedeutung, mag sie auch geradezu keine Prinzipienfrage sein. In  
England wiederholt man freilich Anträge nur so lange, bis man die  
Majorität erlangt; hat man aber diese in England, so ist man Mini-  
ster und es wird der Beschluß ausgeführt; man braucht ihn nicht zu  
wiederholen. Wenn man aber in Deutschland die Majorität hat, ist  
man darum noch nicht Minister (Heiterkeit) und muß daher versuchen,  
ob man durch Wiederholung der Beschlüsse die Minister bewegen kann,  
ihre Anschauungen zu ändern. Das ist schon oft geschehen und wird  
auch hierbei noch geschehen. Die Bewilligung von Diäten schließt uns  
vor zu viel Berlin und niemand wird uns für eigenmächtig, für solche,  
die pro domo sprechen, halten, und wie der Abg. Kapp sagen, daß wir  
unser gezeichnetes Wort nicht halten, wenn wir für den Antrag stimmen.

Verständlich bemerkt Abg. Bessler, die englischen parlamentari-  
schen Verhältnisse seien ihm sehr wohl bekannt; er habe nur den  
Reichstag von einer Kraftprobe abhalten wollen, vor der ihn auch der  
Abg. Windthorst neulich gewarnt habe.

Abg. Kapp bestritt, gegen ein Mitglied des Hauses den Vor-  
wurf erhoben zu haben, daß es sein Wort nicht halte; auch würde ihn  
der Präsident in diesem Fall zur Ordnung gerufen haben. Abg.  
Windthorst hält sich aber daran, daß er so etwas von „Gentle-  
men“ hat sprechen hören, in welchem Ausdruck jedoch Abg. Kapp  
nichts Ehrenrühriges finden kann.

Der Antrag Schulze wird darauf in namentlicher Ab-  
stimmung mit 179 gegen 58 Stimmen angenommen. Die Minorität  
wird, wie in früheren Jahren, von den Mitgliedern der Konser-  
vativen, der Reichspartei und einigen Nationalliberalen, wie v. Ben-  
nigsen, Garnier, Kapp, Jacobi (Kriegs), Duden, Roemer (Hildes-  
heim), Thiel gebildet, denen sich auch Bessler und Roemer (Wirttem-  
berg) anschließen. Bebel und Liebknecht enthalten sich der Ab-  
stimmung.

Schluß 3¼ Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr.  
(Interpellation Wiggers, Abänderung des Postgesetzes. Petitionen.)  
Am Freitag soll die erste Beratung der Novelle zum Strafgesetzbuch  
beginnen.

## Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 30. November.

— Nach einem Telegramm in unserer letzten Abendnummer ist  
Fürst Gortschakoff in Berlin eingetroffen. Es handelt sich um eine  
Zusammenkunft mit dem Fürsten Bismarck. Man legt derselben  
von verschiedenen Seiten die Bedeutung einer Entscheidung in der ge-  
genwärtigen Phase der orientalischen Frage bei und motivirt die gegen-  
wärtig in den diplomatischen Verhandlungen zu Konstantinopel einge-  
tretene Pause mit dieser erwarteten Zusammenkunft. Auch die russi-  
schen Blätter sprechen sich in diesem Augenblick dahin aus, daß der  
Schwerpunkt in der Behandlung der orientalischen Frage momentan  
nach Berlin verlegt ist. Damit erklärt sich auch das jetzt ungemein



lebendige Interesse der russischen Presse an den Verhandlungen des deutschen Reichstags, da man in Petersburg, wenn auch bisher vergeblich, gelegentlich irgend einer Debatte eine Äußerung des deutschen Reichsanzlers in Bezug auf die momentane Situation und die Stellung des deutschen Kabinetts zur orientalischen Frage erwartet hat. Wünschenswerth wäre es übrigens, wenn bei dieser Gelegenheit wieder einmal die enbliche Ausgleichung der lästigen und drückenden Grenzverhältnisse zur Sprache käme. Man erinnert sich, daß auf eine vor zwei Jahren deshalb im Reichstage ergangene Aufforderung des Reichskanzlers theilhaftige Handelsvorstände namentlich sich sofort beeilten, dem Reichskanzler alles nur wünschenswerthe Material zur Verfügung zu stellen, dabei die russische Zollpolitik ganz unbeachtet ließen und dennoch bis heute noch kein Ergebnis zu Tage getreten ist. Inzwischen dauern die Klagen des unter dem russischen Grenzverkehr schwer leidenden baltischen Handels- und Gewerbestandes fort, und die Älten des Handelsministeriums werden darüber ganz erhebliches Material liefern können. Bemerkenswerth, wenn auch nicht auffallend, ist die Sprödigkeit der russischen Regierung Deutschland und Preußen gegenüber, und man kann wohl annehmen, daß, wenn beispielsweise England Rußlands Grenzachse wäre, die Verhältnisse längst schon anders und besser lägen. Hat doch schon vor 45 Jahren Alexander von Humboldt traurige Erfahrungen in Betreff der Anschauung russischer Staatsmänner über preussische Staatsmänner zu machen Gelegenheit gehabt.

Die erste parlamentarische Soirée des Fürsten Bismarck, welche am Sonnabend stattfand, war, wie wir „M. St.“ mittheilt, außerordentlich zahlreich besucht. Der Bundesrath war nahezu vollständig, der Reichstag gleichfalls fast vertreten. Von den preussischen Ministern waren außer Delbrück der Justizminister Leonhardt und der Kultusminister Falk erschienen. Obwohl an das Zentrum etwa zwölf Einladungen ergangen waren, hatte sich doch nur Dr. Bernards als Mitglied des Reichstagsvorstandes eingefunden. Im Ganzen mochten nahezu zweihundert Herren anwesend sein, während in früheren Sessoren an den Soirées nur ein kleiner Bruchtheil des Parlaments sich zu theilnehmen pflegte. Der Fürst und die Fürstin Bismarck empfingen die Gäste in sehr heiterer Stimmung; man hörte bald, daß das Befinden des jungen Grafen Eulenburg zu Befürchtungen nicht mehr Anlaß bietet. Die Gräfin Marie Bismarck war ebenfalls auf der Soirée. Bismarck unterhielt sich viel und lange mit dem Präsidium des Reichstags, aber nicht, um für die Strafgesetznovelle unter der Hand Propaganda zu machen; von Politik war wenig die Rede. Man war nach 9 Uhr gekommen und um 11 Uhr verabschiedeten sich die Gäste.

[Personalien.] Augustus von Cabrera, der zweite Sohn des seiner Zeit unter dem ersten Don Carlos so tüchtigen spanischen General-Feldmarschalls Ramon Cabrera, Conde de Morella, tritt als Offizier-Aspirant beim 2. Garde-Dragoon-Regiment ein. Derselbe legte in der vergangenen Woche bereits zu diesem Zwecke mit des Kaisers Genehmigung das Portepéc-Führer-Examen ab. — Zum ordentlichen Lehrer an der Andreaschule ist der Dr. Isaak Sohn vom Magistrat gewählt worden. Herr Isaak Sohn ist Israelit, so daß auch in diesem Falle der Magistrat wieder deklariert hat, daß er auf die Konfession bei der Wahl der Lehrer der höheren Schulen nicht mehr Rücksicht nehmen will. — Ein Veteran der Justiz, der Kreis-erichts-Direktor Gillischewski zu Stettin, hat vor einigen Tagen das Zeitliche segnet. Der Verstorbene ist in die Dienstlichkeit dadurch hervorgetreten, daß er an der Spitze der Justiz-Untersuchungskommission für die Polenverschöner des Jahres 1846 stand, deren Zahl über 300 betrug. Er und der schon vor einigen Jahren verstorbene Landgerichtsrath Wilekta waren die Seele der Untersuchungskommission.

Ein Lehrer, welcher einem Schüler gegenüber das gesetzlich begründete Zuchtungs-Recht überschreitet, ist, nach einem Erkenntnis des Ober-Tribunals vom 4. November d. J., als Beamter, der in Ausübung seines Amtes vorzüglich eine Körperverletzung begeht, auf Grund des § 340 des Strafgesetzbuchs auch ohne Strafantrag zu bestrafen.

Durch Beschluß der Rathskammer des hiesigen königlichen Stadtgerichts vom 26. d. M. ist die vorläufige Schließung der beiden sog. Mittelhöfen des Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinbauverbands zu Berlin und Moabit, dessen Zentralverein zur Zeit in Hamburg seinen Sitz hat, und des Berliner Bauvereins hierüber ausgesprochen worden. Es wird dieses seitens des Polizeipräsidenten mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß nach § 16 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 die Vertheilung an einem auch nur vorläufig geschlossenen Verein als Mitglied mit Geldebusse von 5–50 Thlr. oder mit Gefängniß bis zu drei Monaten zu bestrafen ist.

Saarburg (bei Trier), 27. Nov. In der Entwicklung des Volksschulwesens ist wieder ein Schritt vorwärts geschehen. Mit dem neuen Jahre wird an diesem Orte ein neu gegründetes Lehrerseminar eröffnet werden, das erste in der Rheinprovinz. Dasselbe ist auf 75 Zöglinge berechnet und wird einen dreijährigen Kursus haben.

Wien, 26. November. Das Testament des Kardinals Rauscher, das gestern eröffnet worden, ist, laut „Presse“, kurz und bestimmt gefaßt. Der gesammte Nachlaß beträgt einige Hunderttausend Gulden. Der Kardinal hatte ein großes Privatvermögen nicht besessen und den größten Theil seines Einkommens stets zu kirchlichen und wohlthätigen Zwecken verwendet. Für Kirchenbauten, Priester-Unterstützungen, das Knaben-Seminar hat er bedeutende Summen bei Lebzeiten ausgegeben, und sein Groß-Ältester brauchte nie in Verlegenheit zu gerathen, wenn es galt, Bittgesuche günstig zu erledigen. Die Einkünfte des Erzbischofs werden auf 60.000 fl. jährlich geschätzt. Man erzählt sich vom verstorbenen Kardinal die Äußerung: „Ja, wenn ich ein Einkommen gehabt hätte wie das Erzbisthum Olmütz, Wien würde staunen über die Kirchen, die ich bauen, die Stiftungen, die ich machen würde!“ Zum Universalerben seines Nachlasses hat der Kardinal das von ihm gegründete Knaben-Seminar eingesetzt, mit dem Wunsch, daß dasselbe zu einem vollständigen Gymnasium erweitert werde. Sollte aber die Fortführung und Ausbildung des Instituts nach kirchlichen Grundsätzen gehindert werden, so wird das wiener Erzbisthum als Erbe substituirt und dem jeweiligen Erzbischof die Verpflichtung auferlegt, das Knaben-Seminar wieder ins Leben zu rufen, wenn es die Umstände gestatten. Ein bedeutendes Verat vermacht der Kardinal seinem Bruder; er hat ferner seine Beamten und Diener wohl bedacht und auch die wiener Armen nicht vergessen, denen er auch bei Lebzeiten viel Gutes im Stillen gethan. Im Testament soll er ihnen den Betrag von 3000 fl. zugewiesen haben. Seine werthvolle Bibliothek hinterläßt er seinem Nachfolger, eben so seinen Wagen und seine Pferde. Einigen seiner Freunde hatte er Andenken hinterlassen; für fromme Stiftungen

und verschiedene kirchliche Zwecke hat er nicht unbedeutende Beträge ausgesetzt.

Paris, 26. November. Die Radikalen von Belleville protestiren in einem von neun Arbeitern unterzeichneten Aufruf im „Rappel“ gegen Paul Cassagnac's Rede wie folgt:

Paris, den 5. Fevrier des Jahres LXXXIV.  
Bürger-Chefredakteur! Vergangenen Dienstag Abend fand am Boulevard Menilmontant eine Versammlung von Bonapartisten statt. Herr Paul Granier aus Cassagnac war von Arbeitern oder doch wenigstens von Leuten, die sich für solche ausgaben — in hochtrabender Weise aufgefordert worden, am Herde der Demokratie selbst die Wohlthaten des Kaiserreichs auseinanderzusetzen. Schon die Ansprache in welchem diese Einladung abgefaßt war, beruht auf einem abscheulichen Betrug. Die „besorgniserregenden Fortschritte des Imperialismus“, von denen darin die Rede ist, können unmöglich von Republikanern herrühren. Wir haben es für gerathen gehalten, uns als bloße Neugierige an den Zugängen zu dem Versammlungsorte aufzustellen, und was haben wir gesehen? Einen Abzug von Individuen, die überall wohnen können, nur nicht in den Arbeiterquartieren. Da waren Boulevardiers mit nichts als tief in den Rücken gezogenen Scheiteln, vermischt mit anderen Leuten, die mit den Arbeitern nichts gemein haben, aber wahrscheinlich früher weisse Blousen getragen haben. Daß diese Individuen nicht in Belleville wohnen, geht schon daraus hervor, daß ihre Kutscher sich mehrmals erkundigen mußten, wo der Boulevard Menilmontant liege. Wie dem auch sei, wir die wahren Arbeiter die wir die Dinge in der Nähe mit angesehen haben, können nicht zugeben, daß diese Leute sagen, das Kaiserreich fühle sich bei den Arbeitern zu Hause. Der 2. Dezember war ein Verbrechen und die Ueberrumpelung von Sedan ein Verrath und eine Feigheit. Darum brandmarken wir den Bonapartismus und werden nachstens gegen diese Aufschneider mittelst einer anderen Versammlung protestiren, in der das Arbeiterelemente endlich seine Ansicht über das dem Herrn Paul Granier aus Cassagnac so am Herzen liegende Regime wird bekunden können. Wir sind im Voraus überzeugt, daß das einmüthige Gefühl der Versammlung sich in die zwei Worte: „Abscheu und Verachtung“ zusammenfassen lassen.

Gemeinigen Sie, Bürger-Chef-Redakteur, unserer brüderlichen Grüße.

Bernet, Mechaniker, rue d'Orléans, 37; Bruelle, Mechaniker, rue de Belleville, 36; Amand, Mechaniker, rue Sedaine, 93; Lanciaot, Mechaniker, rue de la Calce; Rousseau, Mechaniker, rue Fourtille, 31; Hubin, Instrumentenmacher, rue du Bessoir, 27; Sabrin, Formsteker, rue Saint-Ambroise, 37; Schreiner, Eisenarbeiter, rue des Amandiers, 14; Reven, Holzhuhmacher, rue d'Orléans, 14.

Nachschrift: Herr Paul Granier aus Cassagnac wird zu dieser Versammlung geladen werden.

Dazu nun bemerkt heute Herr Paul de Cassagnac im „Pays“:

Wir haben niemals behauptet, daß es nicht in Belleville auch Schufte giebt. Es giebt deren überall und es darf daher nicht Wunder nehmen, wenn einige Bösle (gegen meine Rede) laut werden. Nur auf das Ansehen dieser Communards, ihre Versammlung zu besuchen, kann ich nicht eingehen. Diese modernen Bürger werden mir ohne Zweifel auf der Place de la Roquette oder in der Rue Hore Stellostein geben; denn das ist so ihre Art, die Leute zu überzeugen und an die Wand zu drängen (mettre au pied du mur). Ich lehne daher schon heute eine Einladung ab, welche nichts Anderes ist, als die chynische Ankündigung eines brutalen und feigen Hinterhalts.

Versailles, 26. November. In der Fortsetzung der Wahl-gesetzdebatte sprach heute § 14, betreffend den Abstimmungsmodus der Arrondissementswahl, zur Verathung in der Nationalversammlung.

Maquet stellte folgendes Amendement: „Die Deputirten werden nach dem Departements-Listensystem, ohne irgend eine Theilung, electet, wie groß die Zahl der Deputirten sein mag, gewählt.“ Niemand hört Maquet an. Abgesehen davon, daß alle Welt ihn für einen geheimen Bonapartisten hält, hat auch sein Antrag nicht die mindeste Aussicht auf Annahme, und Jevermann überläßt sich deshalb Privatgesprächen. Castellane (exalt. Centrum) bekämpft Maquet und sucht darzutun, daß die Arrondissements-Abstimmung selbst von den gemäßigten Republikanern angenommen werden müßte, weil sie sonst von den Radikalen gestossen werden würden. Castellane greift die Republikaner scharf an. Es kommt nun zur Abstimmung und Maquet's Amendement wird mit 477 gegen 110 Stimmen verworfen.

Gambetta bestreitet nun die Tribüne. Er nimmt als Amendement den Art. 14 in seiner ursprünglichen Fassung wieder auf. Derselbe verlangt, daß nach Departements-Listen gewählt wird, auf denen nicht mehr als neun Kandidaten eingeschrieben sind. Gambetta stellt sich außerhalb einer jeden Parteilagerung. Er will die Versammlung bestimmen, von einem Beschluß zurückzukommen, der ihm in jeder Beziehung bedauerndwerth erscheint. Er läßt das Interesse der von ihm vertheidigten Sache bei Seite; daselbst erscheint ihm durch die Arrondissements-Abstimmung eben so gut gesichert, wie durch die Listen-Abstimmung. Die Frage ist eine ganz andere. Es handle sich darum, den Wahlmodus aufzuheben, welcher geeignet sei, die Vertheilung der Verfassung vom 25. Februar zu sichern. Es handle sich darum, endlich dem herzerregenden Schauspiel ein Ende zu machen, welches seit fünf Jahren diese Versammlung darbiete. Da man die Monarchie nicht habe machen können, so müsse man der Republik, für welche die Monarchisten gestimmt, Leben geben.

Die nächsten Wahlen müßten die Folge haben, daß Frankreich eine weisse und linke Politik erhalte. Redner stellt einen Vergleich zwischen dem Arrondissements- und Listen-System an, und sagt dann, daß eine Regierungs-Majorität gebildet werden müsse, die ernstlich liberal sei, ein klares Programm habe und sich nicht scheue, sich der Republik zu bekennen. (Beifall links.) Das Listen-System diene besser zu diesem Resultat. Zuerst gebe dieses weniger Gelegenheit zur Wahlkorruption. Man wisse, daß jedes korrupte Wahl für den Despotismus eines Cäsars oder eines Cäsarismus bereit sei, wie zur Genüge eine vor Kurzem gehaltene Rede dargelegt. (Anspielung auf B. de Cassagnac. Beifall links und auch auf einigen Vätern der Rechten.) Die Arrondissements-Abstimmung compromittire die Ehre der Wähler. Gambetta führt nun die Vortheile der Listen-Abstimmung an, wobei er auch die offizielle Kandidatur zur Sprache bringt. Wenn man eine starke Regierung wolle, so müsse man eine Regierung gründen, welche sich auf die Meinung des Landes und nicht auf Kreaturen stütze. Man wisse, was die offizielle Kandidatur aus dem Kaiserreich gemacht habe. Es sei wahr, daß die Regierung gesagt, sie werde sich darauf beschränken, dem Lande einfach die Kandidaten zu bezeichnen; dieses sei aber schon gefährlich, und zum Beweis rufte Gambetta das Zeugniß des Vizepräsidenten des Conseils, des Herrn Buffet an, der sich 1869 sehr scharf gegen ein solches System ausgesprochen. Gambetta liest mehrere Stellen der damaligen Rede des Herrn Buffet vor und betont dabei alle Stellen, in welchen sich derselbe für freie und aufrichtige Wahlen ausgesprochen. Gambetta fordert alsdann die Versammlung auf, ein ihrer würdiges Testament zu machen, indem sie dem Lande, dessen Grenzen beschädigt sind, eine Ehre hinterläßt, welche seine Erhebung im Innern wie im Ausland sichert. „Wollen Sie“, schließt Gambetta, „wissen, was die wirkliche Bedeutung der offiziellen Kandidatur ist, so betrachten Sie die Vorgesetzten.“ (Beifall links.)

Buffet (Vizepräsident des Ministerraths) verlangt dem Vorredner kurz zu antworten. Es kommt zuerst auf seine, von Gambetta geleitete Rede und entgegnet, daß zu einer anderen Zeit (1871) Gambetta dem Lande ebenfalls die Kandidaten, die es wählen solle, bezeichnet habe. Das Kabinet, welches auf der Ministerbank sitze, habe nicht die Absicht, den Gewalten Gebrauch zu machen, welche das Gesetz ihm nicht gebe. Wir wollen, daß der Wille des Wählers frei sei, aber um frei zu sein, muß er aufgeklärt werden. Ich spreche nicht von einer gewissen Kategorie von Wählern, welche sich im Wirbeldanze ihre Lehren holen. Diese Kategorie ausgenommen, wen werden

die Wähler ernennen? Werden es die Kandidaten sein, welche sie seit langer Zeit kennen, oder die, welche ihnen die Komites senden? (Beifall rechts.) Das Listen-System bietet den Wählern neue Kandidaten in Masse und die Wähler haben nicht die Freiheit zu wählen (Beifall rechts.) Alle Parteien haben die Verfassung vom 25. Februar unter gewissen Vorbehalten angenommen. Es wird behauptet, daß man die Verfassung verwerflich müsse; aber das „Nein“ mit „Ja“ müssen wollen, heißt das Land täuschen. (Beifall rechts.) Es liegt kein Grund vor, bei den nächsten Wahlen aufzusuchen, was die Kandidaten in der Vergangenheit gethan oder gewünscht haben; sondern man muß wissen, was sie während der Dauer der vier Jahre thun wollen, für welche sie ernannt werden. Ich bin mit Herrn Gambetta nur in einem Punkt einig, nämlich darin, daß zu wünschen wäre, daß eine Regierungsmajorität zu Stande kommt. Aber wie soll die Vertheilung mit dem Listensystem möglich werden? Etwa in der republikanischen Partei, welche so sehr gerissen ist? Nein, meine Herren, die Vertheilung ist nur möglich gegen die Radikalen, deren Lehren wir verwerfen. Man fragt uns, welches unser Wahlprogramm sei und auf welchen Boden wir uns stellen werden. Wir stellen uns nur auf den Boden der Einheit der konservativen Streitkräfte! (Beifall rechts.) — Eine Stimme links. Sprechen Sie von der Avantgarde der konservativen Streitkräfte (so nannte der Herr Buffet die Bonapartisten)? — Buffet: Um diese Einheit festzustellen, werden wir in den Departements um uns alle die versammeln, welche das Symbol der Ehre und die Anhänglichkeit an das Land am besten vertreten. (Beifall rechts.) Eine Stimme: Und an den Kaiser! (Arm.)

Henri Brisson erhebt nun das Wort: Er hätte gewünscht zu erfahren, ob das Kabinet die Absicht hat, sich in die Wahlen einzumischen; es es die Wahlen in Angriff nimmt mit dem ihm von der Verfassung vorgeschriebenen Pflichtgefühl. Der Minister des Innern habe wieder auf die alte, noch auf die andere Frage geantwortet, sondern es verweigert, zu sagen, wie er über die Zukunft des Landes und der Republik denke. Anstatt sich über diese wichtigen Punkte auszusprechen, habe der Minister einen Aufruf an eine gewisse Einheit der konservativen Streitkräfte erlassen, zu dem auch die gehörten, welche in Belleville (Paul de Cassagnac) eine für die Verfassung beleidigende Sprache führten. Der Minister scheint in seiner Sprache haben andeuten zu wollen, daß bei den nächsten Wahlen jeder konservative sich bei der Vertheilung gegen die Republik theilnehmen müsse; um diese Vertheilung zu Ende zu führen, rechne das Kabinet auf die Zweiteiligkeit, aber die Zweiteiligkeit werde es zu Grunde richten. Brisson spricht für die Amendements, worauf Rodroy das Wort zu einer persönlichen Bemerkung erhält: Buffet habe den Sinn seiner Rede entziffert. Redner habe nicht gesagt, daß die Verfassung ein „Wald von Bonny“ sei (früher hausten dort Räuber), sondern daß ein Minister der Republik, welcher die Republik bekämpfe, eine Spitzbubenpolitik verfolge. (Arm.) Rodroy findet es abscheulich, daß der Mann, welcher die Verfassung vom 25. Februar vertheidigt habe, heute die Schmach auf sich lade, die Vertheidiger dieser Verfassung von der Tribüne herab zu belächeln. Redner ist daher über um so mehr empört, als Herr Buffet sich früher so sehr radikal zeigte, daß er für die Verbannung der Bringen von Orleans gestimmt habe. Buffet erwidert, er könne den Angriffen Rodroy's nur Verachtung entgegensetzen, und führt dann aus dessen verfallener Rede die Stelle an, daß die republikanische Partei in einen Wald von Bonny geführt worden sei, wo man sie verurtheilt habe. Der Minister will nicht die Unterstellung derer, welche auf diese Weise die Verfassung vertheidigen. (Beifall rechts. Murren links.) Eine Stimme: Sie haben uns in eine abscheuliche Falle geführt und ihr Wort gebrochen. (Arm.) — Maquet de Montau kündigt nun an, daß er eine Interpellation stellen werde. Es wird nun abgestimmt und das Amendement von Gambetta und Brisson mit 387 gegen 302 Stimmen verworfen. Buffet hat nochmals gestimmt und wird wahrscheinlich auch bis zum Schlusse Sieger bleiben. Schluß der Sitzung 7¼ Uhr.

London, 27. November. Die „Pall Mall Gazette“ erinnert an die Thatsache, daß dem Tonnengehalte nach drei Vierteltheile der durch den Suez-Kanal gehenden Schiffe der englischen Flagge angehören und England also das meiste Recht darauf habe, über den Kanal zu wachen und die gemeinsamen Interessen aller europäischen Nationen an demselben zu wahren. Bei ruhiger Ueberlegung müsse der Schritt der britischen Regierung, die Kanal-Aktien zum Theil anzukaufen, auch im Auslande eher beruhigend als aufregend wirken. Den Augenblick politischer Nothwendigkeit antizipierend habe England durch Vertrag und Kauf ein Ziel erreicht, das es vielleicht später auf dem Wege der Gewalt zu erreichen genöthigt gewesen wäre. Dem Ministerium werde der Dank der Nation nicht fehlen. — Zur Orientirung über den Ankauf selbst sei hier noch Folgendes bemerkt: Das Gesellschaftskapital der Suezkanalkompagnie bestand aus 400.000 Aktien zu 500 Franken gleich 200 Millionen Franken. Nachdem England sich mit einem Schutze in den Besitz nahezu der Hälfte der sämtlichen Aktien, (177.000) setzt, sichert es sich die entscheidende Stimme bezüglich der Verwaltung u. s. w. des Kanals. Von dem Reste der Aktien soll sich etwa die Hälfte in französischen Händen, die andere Hälfte in Oesterreich, Rußland u. s. w. befinden. In Frankreich waren die Aktien früher meistens im Besitze kleinerer Kapitalisten und das Gleiche ist wahrscheinlich auch sonst der Fall. Wenn also England auch nicht über die numerische Mehrzahl der Aktien verfügt, so wird das Weniger völlig ausgeglichen dadurch, daß eine so kolossale Menge von Aktien in einer Hand und zwar in derjenigen der englischen Regierung sich befindet. Die beiden Anleihen von 1867–1868 und von 1871, welche die Kanalgesellschaft in Höhe von 119.999.000 Franken kontrahiert hat, kommen hier nicht in Betracht. Ubrigens hat auch der Verkauf von Egypten, abgesehen davon, daß England Baarzahlung leistet, finanziell einen guten Handel gemacht, indem er für die 177.000 Aktien anstatt des Subskriptionswerthes von 88½ Millionen Frs. den Kaufpreis von 100 Millionen erhält.

## Lokales und Provinzielles.

Bosen, 1. Dezember.

r. Zur Prüfung von Lehrerinnen und Erzieherinnen sind pro 1876 vom kgl. Provinzial-Schulcollegium folgende Termine festgesetzt worden: 1) für Bosen am 1. Mai um 9 Uhr für Lehrerinnen; am 5. Mai für Schulvorsteherinnen; am 18. Oktober u. ff. für Lehrerinnen; am 22. Oktober für Schul-Vorsteherinnen; 2) für Bosenberg am 27. März u. ff. für Lehrerinnen; am 31. März für Schul-Vorsteherinnen. Durch Verfügung des Herrn Oberpräsidenten sind zu Mitgliedern der Prüfungs-Kommission pro 1876 ernannt worden: für Bosen Konstantin Jäckel als Vorsitzender, Regierungs- und Schulrath Fule hier selbst, Seminardirektor Dr. Barth hier selbst, Seminardirektor Dr. Warminski in Paradies, Professor Hensel hier selbst, Rektor Walde in Krotzschin; für Bosenberg Regierungsrath Junglaß als Vorsitzender, Regierungs- und Schulrath Schmidt, Seminardirektor Vater, Oberlehrer Weigand und Gymnasiallehrer Fröhlich hier selbst.

r. Personalien. Der Pfarrer Simon in Breitenfeld ist am 14. d. als Pfarrer der evang. Gemeinde in Santomisch eingetrieden worden. — Der bisherige Vorkurslehrer Leo Zellner ist als technischer Lehrer an dem kgl. Gymnasium in Doro so angestellt worden.

r. Fabianowo bei Bosen am 29. November. [Schiedsman's a b l.] Am 27. d. M. fand in der Schule zu Komornik bei Gelegenheit des Termins behufs Normirung des Jahres Einkommens des hiesigen Lehrers gleichzeitig die Wahl des Schiedsmannes für den 3. Bezirk des Distrikts gleich Komornik statt. Von 23 Wahlmännern waren nur 14 erschienen und ist der Lehrer aus Fabianowo mit 9 gegen



5 Stimmen zum Schiedsmann gewählt worden. Ob auch dieser Lehrer von der Königl. Behörde nicht bestätigt werden wird, muß abgewartet werden.

**— t — Jaroschin, 30. November. [Erfroren.]** Gestern früh fanden die zum Markttage kommenden Leute aus Wiatysche auf kältem Territorium unweit der pleschener Chaussee einen fast erfrorbenen Mann aus dem nahen Slup a, luden denselben auf einen Wägen, brachten ihn zur Stadt und setzten den Unglücklichen Namens Malinjak am Markt- und Pleschener-Straßen-Ecke vor dem Laden des Schänkers B. ab, um den M. vorläufig unterzubringen; in dessen Worten sofort die Thüren verschlossen und der Eintritt verweigert, worauf nun M. in die schrägüberliegende Schänke des G. gebracht wurde. Kaum daselbst angelangt, stürzte die Frau G. herbei und ließ den schrecklich Jammernden wieder auf die Straße expedieren. Ein Versuch M. zurückzubringen, wurde von Frau G. mit Schimpfworten zurückgewiesen. Inzwischen war der Gendarm S. herbeigekommen und gelang es dessen energischem Einschreiten endlich, dem längst Befinnungslosen, an Armen und Beinen vollständig steifen Mann in einem Stalle des erst erwähnten B., der übrigens die Ehre hat, Stadtvorort zu sein, unterzubringen. Unter Leitung des Herrn Dr. Klewetz wurde M. mehrere Stunden lang mit Schnee gerieben. Der Unglückliche, sonst ein sehr ordentlicher Mann, verheiratet und Vater von 4 kleinen Kindern, hatte, wie man hört, am Sonntag des Guten etwas zu viel genossen und wird nun sein Lebenlang ein Krüppel bleiben, wenn er wirklich noch durchkommen sollte. Gestern Abend wurde er nach Slupia abgeholt. Wäre der Mann in stark angetrunkenem Zustande zu einem Schänker gekommen, so würde ihm höchst wahrscheinlich auf Verlangen noch mehr Getränk verabreicht worden sein, aber für einen hilflosen sterbenden Mann war in den beiden großen Häusern nicht früher ein Plätzchen als bis die Behörde einfiel.

**△ Binne, 29. Novbr. [Einführung der kath. Kirchenborsther.]** Die am 8. v. M. gewählten 8 Kirchenborsther für die hiesige kath. Pfarodie wurden am Dienstag der Vorwoche durch den Landrath des hiesigen Kreises, Herrn v. Knobloch, auf der hiesigen Propstei mittelst Handschlags vereidigt.

### Aus dem Gerichtssaal.

**Meferitz, 29. November. [Schwurgerichts-Verhandlung wider den früheren Rittergutsbesitzer Adolf Wollmann und dessen Sohn Kasimir Bertram Wollmann wegen Mordes.]** Der Gerichtshof ist zusammengetreten aus den Herren Kreisgerichts-Direktor Günther aus Pölitz, Rissa als Vors. und den Kreisger. Räten Schmidt, Klümmer, Thierbach, Berndt und Röhrich; als Vertheidiger fungiren die Herren Rechtsanwälte Hirsch und U. h. m. Der frühere Rittergutsbesitzer Adolf Wollmann, früher in Waige, zuletzt in Wien, jetzt in Untersuchungshaft, 48 Jahre alt, früher mosaisch, jetzt Dissident, verheiratet, bereits mit 3 Monaten wegen Mißhandlung und Verleumdung vom Kreisgericht zu Birnbaum bestraft, und dessen Sohn Kasimir Bertram (Benno) Wollmann aus Waige, zuletzt in Wien, 22 Jahre alt, mosaisch, noch nicht Soldat gewesen und außer wegen Vermögensbeschädigung mit 10 Thlr. Geldstrafe noch nicht bestraft, waren Befitzer des Rittergutes Waige im Kreise Birnbaum, welches etwa 1 1/2 Meile von der Kreisstadt entfernt liegt. Der früher im schidbergischen Kreise angelegene Adolf Wollmann kaufte unterm 22. September 1871 Waige nebst mehreren dazu gehörigen Grundstücken für den Gesamtpreis von 125,000 Thlr. Er zahlte 25,413 Thlr. baar an, 99,586 Thlr. belegte er durch Uebnahme von Hypothekenschulden. Die Mittel zu dieser Baarzahlung erhielt Wollmann theils von dem Rittergutsbesitzer v. Loebecke, welcher zuerst Theilnehmer an dem Gutserwerbe sein wollte und hierzu dem Wollmann 20,000 Thaler gegeben hatte, theils dadurch, daß er das sämmtliche auf dem Rittergute Waige stehende Gold, selbst die Schönungen (etwa 2615 Morgen Forst), unterm 30. Oktober 1871 an die Goldschmelze Isaac Wollmann u. Werner für 40,500 Thaler verkaufte. Wollmann lebte wie ein reicher Mann. Bald aber zeigte sich, daß seine Vermögensverhältnisse nicht so günstig seien, als es den Anschein gehabt hatte. Die Wägen wurden nicht mehr zur rechten Zeit ausgezahlt und Prozesse gegen Wollmann angestellt, zuerst vereinzelt wegen geringer Beträge, dann zahlreicher und wegen größerer Summen. Es schwebten gegen Wollmann vor dem königlichen Kreisgericht in Birnbaum im Jahre 1874 35 Prozesse wegen 28,574 Thlr. persönlicher und 24,200 Thlr. Hypothekenschulden. Alle diese Prozesse, mit Ausnahme von zweien oder dreien, wurden zu Ungunsten Wollmanns entschieden und führten regelmäßig zur Exekution. Zu dem Rittergute Waige gehörte auch ein seit Jahren nicht im Betriebe gewesen Glasbrenn- und Stabwerk. Wollmann setzte im Jahre 1872 dasselbe, nachdem er es nicht den oben erwähnten 2615 Morgen Forst an seine Ehefrau verkauft hatte, in Betrieb und gründete demnach damit eine „Allien-Gesellschaft für Glasfabrikation Charlottenhütte“, an welche er die Glasbrenn- und Stabwerk 50,000 Thlr. übertrug. Die Allien-Gesellschaft prosperirte nur wenig, bereits im Herbst 1873 wurde auf Antrag des früheren Gesellschaftsdirektors Rithowski der Konkurs über das Vermögen der Gesellschaft eröffnet, der jedoch später wieder aufgehoben wurde. Demnach liquidirte die Gesellschaft, nachdem das einzige Vermögensobjekt derselben, die waigener Glasbrenn- und Stabwerk, öffentlich subhastirt und für das Meistgebot von 15,550 Thlr. auf die Frau des Wollmann u. übergegangen war. Die auf dem ursprünglich erworbenen Grundstücke und den später noch zugekauften Groß- und Kleingärten 10 und 11 und Kleingärten 3 einzutragenden Hypotheken hatten nach und nach die enorme Höhe von fast 300,000 Thlr. erreicht. Wollmann machte nun die verschiedenartigsten Anstrengungen, das Drängen seiner Gläubiger so viel als möglich aufzuschieben: es wurden alle Arten von Scheinverkäufen veranstaltet, die jedoch gerichtlich nicht anerkannt wurden. In Berlin machte er die oberflächliche Bekanntschaft des Major a. D. Neumann. Neumann hatte kein Vermögen, lebte vielmehr im Wesentlichen von seiner Pension von 700 Thlr. Adolf Wollmann traf im Herbst 1873 in Berlin mit Neumann wieder zusammen und dieser machte dann in dem Auftrage des Wollmann eine Reise nach Breslau und Posen. Wie Neumann seiner Schwester, Frau Weiß in Breslau erzählte, hoffte er bei diesen Geschäften einige Tausend Thaler zu verdienen. Doch scheint Wollmann nicht Wort gehalten zu haben, denn Neumann's letzte später dem Rentenanwärter Risselmann gegenüber, daß der Esak, der ihm für diese Bemühungen geworden, nur ein sehr geringer gewesen sei. Das Verhältniß zwischen Neumann und Wollmann wurde nach und nach ein sehr intimes. Am 3. April ist Neumann auf Veranlassung Adolf Wollmanns nach Waige gekommen; Benno Wollmann hieß mit ihm dort, nachdem Adolf abgereist war. Während seines Aufenthaltes in Waige machte Neumann den Eindruck eines wohlgeachteten, kräftigen und gefassten Mannes. Donnerstag, den 16. April, ging Neumann in das im oberen Stockwerk befindliche Arbeitszimmer des Adolf Wollmann. Hier wurde er von der Dienstmagd Rietzig des Abends auf dem Sopha liegend und stöhnend angetroffen. Auf ihre Frage gab er keine Antwort, zeigte mit der Hand nur nach dem Kopfe und trank Selterwasser, welches ihm die Rietzig darreichte. Am 17. April fand die Marie Rietzig das Arbeitszimmer des Adolf Wollmann, in welchem sie den Neumann zuletzt bedient hatte, verschlossen. Sie theilte dies dem Benno Wollmann mit, welcher seinerseits sich zuerst allein nach oben begab und demnach den Gärtner S. h. m. herbeirief. Sie fanden Neumann auf dem Fußboden, den Kopf nicht weit von der Thürschwelle, bewußlos vor. Der Kranke kam nicht mehr zum Bewußtsein, redete irre, trank sehr viel und blieb bei beständigem Erbrechen weißer Massen, wobei ihm weißer Schaum vor den Mund trat. Mittags wurde der Kreisphysikus Dr. G. h. m. aus Birnbaum durch Benno Wollmann herbeigeholt, auf dessen Anordnung auch der Feldbiener Votig zur Pflege des Kranken nach Waige herbeigeführt wurde. Der Zustand des Kranken verschlechterte sich von Augenblick zu Augenblick, bis er in der Nacht vom 20. April unter allgemeinen Lähmungserscheinungen verstarb. Die Leiche des Neumann wurde bereits am Dien-

stag, den 21. April, in dem gemauerten Erbgräbnisshaus in Waige beigesetzt. Das Gerücht, Neumann sei von Wollmann in Waige vergiftet worden, verbreitete sich immer mehr, so daß endlich auf Antrag der Staatsanwaltschaft gerichtliche die Ausgrabung und Obduktion der Leiche des Neumann am 17. März 1875 stattfand. Die Leiche war völlig mumifizirt. Die dem Unterleibe entnommenen Organe, Magen, Speiseröhre, Darmtheile und Lebertheile, wurden dem Professor Dr. Sonnenstein in Berlin zur chemisch-analytischen Untersuchung zugesandt. Derselbe ergab, daß in Magen, Speiseröhre und Darmtheilen, Arsenik vorgefunden wurde, sowie, daß in den Lebertheilen deutliche Spuren von Arsenik vorlagen. Prof. Dr. Sonnenstein hat hierauf sein Gutachten dahin abgegeben, daß nachweislich eine Vergiftung durch Arsenik vorliegt. Sonach steht fest, daß Neumann durch Arsenik vergiftet ist, und daß ihm das Gede von mörderischer Hand, in der Absicht, ihn zu tödten, gereicht ist. Jede andere Annahme, daß Neumann etwa sich selbst vergiftet habe, ist hierdurch nicht anzunehmen, denn er war ein lebensfroher Mann, der sogar die Absicht hatte, wieder beim Militär einzutreten. Der Verdacht richtete sich gegen Adolf und Benno Wollmann, die verhaftet und unter Anklage gestellt sind. (Fortsetzung folgt.)

### Vermischtes.

**Breslau, 29. November. [Winters-Einkauf.]** Alt-katholisches. Von der Universität. Wolf. Vom Theater. Seit vier Tagen haben wir anhaltenden Schneefall und in einzelnen Gegenden der Provinz liegt der Schnee bereits über einen Fuß hoch. Erst seit heut Mittag ist besseres und zwar etwas länderes Wetter eingetreten, welches sich die vergnügungslustigen Breslauer gar wohl zu Noze machen wissen, denn überall auf den Straßen hört man Schüttelengelächel. Es ist dies eine ziemlich zeitige Einkleidung des Winters der einer Menge von Landwirthen viel zu früh gekommen ist, denn aus den verschiedensten Gegenden werden immer noch Klagen über das Einfrieren von Kartoffeln laut. — An das hiesige Polizeipräsidium ist ein Schreiben des Ober-Präsidenten mit der Aufforderung eingegangen. Verhandlungen über die Mitbenutzung einer Kirche für die Alt-katholiken einzuleiten. Die alt-katholischen Vereine zu Hirschberg und Boblen sind von dem Oberpräsidium ebenfalls als kirchlich organisiert anerkannt worden. — Seit ca. einer Woche streifen ein großer Theil der an der hiesigen Universität studirenden Mediziner, indem sie sich von dem Besuche der Klinik fern halten. Die Ursache ist eine Aeußerung des Professor Dr. B., die die Herren als eine ihnen angelegene Verleumdung ansehen. Es ist dies seit vier Jahren der vierte derartige Fall und nicht geeignet, die auf ein Minimum herabgesunkene Zahl der hier studirenden Mediziner zu heben. — Der Wolf, welcher vor ca. 3 Wochen in den primären Forsten geschossen wurde, ist von dem Konsejutor Tiedemann an der hiesigen Universität ausgesetzt worden und steht in einem Gewehrladen zur Verächtung aus. Es ist ein mächtiges Thier von ganz außergewöhnlicher Größe. — Mittwoch beginnt Fräulein Marie Geisinger aus Wien, welche gegenwärtig in Breslau gastirt, im Loketheater ein leider nur 10 Rollen umfassendes Gastspiel. Deut tritt Mlle. Donabio vom Theater italien in Paris im Stadttheater als Rosine im Barbier von Sevilla auf.

**\* Dr. Stronberg's Kutscher,** welcher bei der vor 14 Tagen stattgehabten Auktion die beiden russischen Rapphengste vorführte, ist vom Reichsfürstlichen Fürsten Bismarck in seine Dienste genommen worden.

### Telegraphische Nachrichten.

**Pest, 30. November.** In der heutigen Sitzung des Unterhauses beantwortete der Ministerpräsident Tisza die in der gestrigen Sitzung eingebrachte Interpellation des Deputirten Horanthy über die Kündigung des austro-ungarischen Zollbündnisses.

Der Ministerpräsident erklärte, daß die ungarische Regierung allerdings ihre Zustimmung zu der Kündigung des Handelsvertrages mit England ertheilt habe, da es unbillig gewesen wäre, sich einseitig der Lösung eines Vertrages zu widersetzen, von dem der andere Kontrahent glaubt, daß er seinen Interessen nachtheilig sei. Bei der Erneuerung des Vertrages könne jeder Kontrahent seinen eigenen Interessen Geltung verschaffen. Ebenso könnten die Unterhandlungen über die Erneuerung des Zoll- und Handelsbündnisses mit Oesterreich nur dabei gewinnen, daß sie gleichzeitig mit den Unterhandlungen wegen Erneuerung der gleichen Verträge mit dem Auslande geführt würden. Bei den a. 30. Mai begonnenen beglückten Verhandlungen mit der österr. Regierung habe die ungarische Regierung ihr Hauptaugenmerk auf die Restitution der Verbruchssteuer und die Feststellung eines der Interessen Ungarns entsprechenden Zolltarifs gerichtet. Da in keinem der beiden Punkte eine Einigung erzielt worden sei, so sei der frühere Vertrag gestern formell gekündigt worden. Diese Kündigung bedeute jedoch noch nicht die Selbständigkeit des ungarischen Zollgebietes, denn die Regierung habe nicht die Aufrichtung von Zollbarrieren gewünscht, sondern die Herbeiführung einer Vertheidigung. Er halte ein gemeinsames Zollgebiet für weit besser, als ein gefordertes, vorausgesetzt, daß der Zollvertrag den Interessen Ungarns entspricht. Nur wenn der andere Kontrahent solchen Vertrag durch Unnachgiebigkeit unmöglich mache, werde die Regierung, wenn auch mit Bedauern, gezwungen sein, Ungarn in ein selbständiges Zollgebiet umzuwandeln.

Die Antwort des Ministerpräsidenten wurde sehr beifällig aufgenommen. Das Haus, mit Ausnahme der äußersten Linken, erklärte, daß es Kenntniß von derselben nehme.

**Haag, 30. November.** In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer stellte der Deputirte Cremers vor Beginn der Beratung des Budgets für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten den Antrag, die Diskussion über die am 11. Oktober an die Regierung gerichtete Interpellation, betreffend das Verhältniß zwischen der niederländischen Regierung und Venezuela in geheimer Sitzung fortzusetzen. Allseitig wünschte man die Erhaltung des Friedens und die Befriedigung der Schwierigkeiten, ohne daß dadurch den Rechten oder der Würde der beiden Staaten zu nahe getreten würde. Der Antrag wurde angenommen.

**Bern, 30. November.** Die Regierung von Ostindien hat ihren Beitritt zum Weltpostverein angemeldet. Am 17. Januar wird in Folge dessen hier eine Konferenz von Vertretern der beteiligten Postverwaltungen stattfinden.

**Verailles, 29. November.** Nationalversammlung. Fortsetzung: Ein zu Art. 19 des Wahlgesetzes („Jedes Departement in Algerien ernannt einen Deputirten“) gestelltes Amendement, nach welchem Algerien 6 Deputirte, also jedes Departement 2 wählen solle, wurde mit 379 gegen 330 Stimmen abgelehnt.

**Rom, 29. November.** In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer wurde die Regierung über die Maßregeln interpellirt, welche zum Schutze der italienischen Besitztümer türkischer Obligationen seitens der italienischen Regierung getroffen seien. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Visconti-Venosta, erklärte, die Regierung habe sich mit den anderen Mächten ins Einvernehmen gesetzt; dieselbe werde zwar die Nothwendigkeit nicht aus dem Gesichte verlieren, die Schwierigkeiten der derzeitigen Lage nicht noch zu vermehren, werde indess für die italienischen Inhaber türkischer Obligationen dieselben Garantien beanspruchen, wie solche anderen Gläubigern gewährt würden.

**London, 30. November.** Ein offizielles Communiqué theilt mit,

daß der Generalskagristen und Mitglied des Parlaments, Sir Stephan Cave, sich in besonderer Mission nach Egypten begeben hat.

**London, 30. November.** Bestem Vernehmen zufolge hat Graf Derby an alle englischen Agenten im Auslande ein Rundschreiben gerichtet, in welchem dieselben ermächtigt werden, den erfolgten Anlauf der Suezkanallaktien den Kabinetten mitzutheilen. In diesem Aktensück wird der Erwerb als eine rein finanzpolitische Maßregel hingestellt. (S. T. B.)

**Petersburg, 30. November.** Das „Journ. de St. Petersburg“ bespricht in seiner heutigen Nummer nochmals die telegraphische Meldung der „Times“, wonach die österreichisch-russischen Verhandlungen über die Reformen in der Türkei gescheitert sein sollten und hebt dabei hervor, die orientalische Frage sei vor Allem eine Frage, die ganz Europa angehe. Das gesammte Europa allein sei kompetent, um jede Krisis im Orient zu beschwichtigen oder zu lösen; Oesterreich und Rußland aber seien vor Allem interessiert, sich untereinander und mit Europa über die einzuschlagenden Wege zu verständigen. Welche Entscheidung auch immer erfolgen werde, dieselbe werde nicht das Resultat eines Bruches (rupture), sondern des allgemeinen Einvernehmens sein.

**Penang, 26. November.** Die Küsten von Perak sind englischerseits in Blockadezustand erklärt worden. Die Malaien befinden sich augenscheinlich in großer Bedrängniß.

**Shanghai, 25. November.** Der britische Gesandte Wade ist nach Peking zurückgekehrt. — Nach der Meldung eines von Yün-Nan angekommenen Reisenden war der Letztere mit Grosvenor und dessen Gefolge zusammengetroffen und hatte Grosvenor benachrichtigt, daß in der Nähe von Yün-Nan starke Truppenmassen zusammengezogen seien und daß wahrscheinlich gegen die stipulirte Untersuchung über die Ermordung Margary's Einspruch und Widerstand erhoben werden würde.

Verantwortlicher Redakteur. Dr. Julius Wajacz in Posen.  
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

### Telegraphische Börsenberichte.

**Danzig, 30. November.** Getreide-Börse. Wetter: Frost bei klarer Luft. Wind: D.

Weizen loco ist am heutigen Markte wiederholt in ruhiger Stimmung geblieben und ist das verkaufte Quantum auf 80 Tonnen beschränkt geblieben. Bezahlt wurde für Sommer 129 Bfd. 189 M., 133 Bfd. 190 M., glatte grau 128 Bfd. 200 M., glatte 130 Bfd. 208 M., hellbunt 128, 129 Bfd. 209 M., 132, 133 Bfd. 213, 214 M., hochbunt glatte 135, 136 Bfd. 216, 217 M., per Tonne. Termine ruhig. April-Mai 216 M. B., aber ohne Kauflust.

Roggen loco matter nur 5 Tonnen 126 Bfd. etwas befestigt sind zu 158 M. per Tonne verkauft. Termine ohne Umsatz, April-Mai 160 M. B. 156 M. G. — Spiritus loco ist zu 45 M. per 10,000 Liter p. Ct. verkauft. April-Mai 49 1/2 M. B.

**Breslau, 30. November.** Nachmittags (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 p. Ct. pr. November-Dezember 43 60, pr. Debr.-Januar 43, 60, pr. April-Mai 47, 00 Weizen pr. November-Debr. 190, 00. Roggen pr. November-Dezember 151, 00, pr. Debr.-Januar 151, 00, pr. April-Mai 158 00. Rüböl pr. November-Dezember 71, 50, pr. Debr.-Januar 71, 50, pr. April-Mai 73, 00. Sint fest.

**Wien, 30. November.** Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt). Weizen besser, hiesiger loco 20, 50, fremder loco 21, 00 pr. November 20, 65 pr. März 21, 65. Roggen höher, hiesiger loco 16, 00, pr. November 14, 70, pr. März 15, 70. Hafer matter, loco 18, 00, pr. November 17, 90, pr. März 17, 60. Rüböl fest, loco 38, 70, pr. März 38, 90. — Wetter: Frost.

**Hamburg, 30. November.** Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen loco fest, auf Termine höher. Roggen loco still, auf Termine fest. Weizen pr. Novbr. 199 Bf., 198 Gd., pr. Debr.-Januar pr. 1000 Rio 199 Bf., 198 Gd. Roggen pr. November 154 Bf., 152 Gd., pr. Debr.-Januar pr. 1000 Rio 150 Bf., 149 Gd. — Hafer fester. — Gerste flau. — Rüböl fest, loco —, pr. November —, pr. März 77. Spiritus loco matt, pr. November —, pr. Debr.-Januar 36 1/2, pr. April-Mai 38. pr. Juni-Juli pr. 100 Liter 100 p. Ct. 39. Kaffee fest, Umsatz 3000 Sack. Petroleum loco, Standard white loco 11, 80 Bf., 11, 55 Gd., pr. November-Dezember 11, 65 Gd., pr. Januar-März 11, 80 Gd. — Wetter: Frost.

**Bremen, 30. November.** Petroleum (Schlußbericht). Standard white loco 11, 25, pr. Dezember 11, 25, pr. Januar 11, 35, pr. Februar 11, 30 bei. Rüböl.

**Manchester, 30. November.** Nachmittags. 12r Water Armitage 7 1/2, 12r Water Taylor 8 1/4, 20r Water Nicholson 10, 30r Water Gidlow 11, 30r Water Clayton 11 1/2, 40r Water Rayoll 11, 40r Medio Wilkinson 13, 36r Warpcop Qualität Rowland 12 1/2, 40r Double Weston 12 1/2, 60r Double Weston 16, Brimors 1/10, 1/10 8 1/2 Bfd. 117. Wäpste Geschäfte, Preise fest.

**Amsterdam, 29. Novbr.** Nachmittags. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen loco geschäftlos, auf Termine höher., pr. November 289, pr. März 298. Roggen loco unverändert, auf Termine fester, pr. März 193, pr. Mai 194 1/2, per Juli —. Raps 420, pr. Frühjahr 435 fl. Rüböl loco 42 1/2, pr. Dezember 41 1/2, pr. Mai 43. — Wetter: Frost.

**Amsterdam, 30. Novbr., Nachmitt.** Getreidemarkt (Schlußbericht). Roggen pr. März 195, pr. Juli 192. Raps pr. April 434 fl.

**Antwerpen, 30. November.** Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt. (Schlußbericht). Weizen fest, dänischer 28. Roggen unverändert, französischer 20. Hafer behauptet. Gerste stetig. Petroleum-Markt (Schlußbericht). Raffinirtes, Extra weiß, loco 23 1/2 bei und Br., pr. Dezember 28 Br., pr. Januar 28 Br., pr. Februar 28 Br. Rüböl.

**London, 29. November.** Vormittags. Die Getreidezufuhren vom 20. bis zum 26. Novbr. betrugen: Englischer Weizen 4928, fremder 67,534, fremde Gerste 2348, fremde 12,576, englische Malzgerste 19,302, fremde —, englischer Hafer 356, fremder 66,548 Drtr. Enbl. Weizen 22,094 Sack, fremdes 2504 Sack und 5680 Faß.

**Liverpool, 30. November.** Vormittags. Baumwoll (Anfangsbericht). Muthmaßlicher Umsatz 8000 Ballen. Unveränd. Tagesimport 10,000 B., davon 2000 B. amerikanische, 2000 B. ostindische.

**London, 29. Novbr., Nachmittags.** Getreidemarkt. (Schlußbericht). Feiner englischer Weizen behauptet, fremder unverändert, angekommene Ladungen stetig. Hafer eher besser. Gemischter Mais 1/2 bis 1 Sh. höher. Hafer ruhig, stetig. — Wetter kalt.

**Liverpool, 30. Novbr., Nachmittags.** Baumwoll. (Schlußbericht). Muthmaßlicher Umsatz 8000 B., davon für Speculation und Export 1000 B. Rüböl. Ankünfte matt.

Middling Orleans 7 1/2, middling amerikan 6 1/2, fair Dhollera 4 1/2, middl. fair Dhollera 4 1/2, good middling Dhollera 4 1/2, middl. Dhollera 4, fair Bengal 4 1/2, fair Broach 5 1/2, new fair Down 4 1/2, good fair Down 5 1/2, fair Madras 4 1/2, fair Pernam 7 1/2, fair Smyrna 6 1/2, fair Egyptian 7 1/2.

Upland nicht unter low middling Dezember-Lieferung 6 1/2 d. **Paris, 30. November.** Nachmittags. (Produktenmarkt). (Schlußbericht). Weizen beh., pr. November 27, 25, pr. Dezember 27, 25, pr. Nov.-Febr. —, pr. Januar-April 28, 00, pr. März-Juni 29, 00. Weizen fest, pr. November 59, 50, Dezember 59, 50, pr. Januar-April 61, 50, pr. März-Juni 62, 75. Rüböl steigend, pr. November 113 00, pr. Debr. 113 00 pr. Januar-April 106 00, pr. Mai-August 99, 75. Spiritus behauptet, pr. November 44, 25, pr. Mai-August 48, 25.



